

14.01.2012

DBB-Chef Peter Heesen: Staat auf dem Weg zur Lachnummer

Der DBB-Bundesvorsitzende Peter Heesen hat in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin "Focus" (Ausgabe vom 07.01.2012) davor gewarnt, dass sich der Personalmangel im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren massiv zuspitzen könnte. Der Staat, so der DBB-Chef, sei auf dem Weg zur Lachnummer.

Ist das Erbschaftssteuergesetz verfassungswidrig?

Der neu bestellte Präsident des Bundesfinanzhofs (BFH) in München, Rudolf Mellinghoff, hält das noch von der Großen Koalition unter Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) geänderte Erbschaftssteuergesetz für eventuell verfassungswidrig. Er rügt vor allem die Ungleichbehandlung der verschiedenen Vermögensarten. Während Betriebsvermögen unter Umständen vollkommen steuerfrei übertragen werden kann, fällt zum Beispiel für Geldvermögen unter Geschwistern eine Erbschaftsteuer von (je nach der Höhe des übertragenen Betrages) bis zu 43 Prozent an.

BEK: Immer mehr Versicherte verlassen Privatkassen

Die Zahl der Privatpatienten, die wegen steigender Beiträge zurück in die gesetzliche Krankenversicherung wollen, sei stark gestiegen. Wie die Barmer GEK mitteilte, seien zu ihrer Krankenkasse im Jahr 2011 rund 27.600 Versicherte gewechselt, neun Prozent mehr als 2010. Zur Techniker Krankenkasse seien im Jahr 2011 rund 68.000 Private - fast 12 Prozent mehr als 2010 gewechselt.

Kosten für Stromverbraucher in NRW verdoppelt

Das Bundesland Bayern profitiert am meisten von der Ökostromförderung, die Bürger Nordrhein-Westfalens tragen dagegen die höchsten Kosten. Das teilte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) mit. Nach Abzug der Einnahmen aus dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) blieben in NRW Kosten von 2,3 Milliarden Euro. Das war doppelt so viel wie im Jahr zuvor.

Inflation schwächt Kaufkraft der Renten

Die Inflation hat im vergangenen Jahr die Kaufkraft der Renten weiter geschwächt. Preisbereinigt - nach Abzug der Teuerung - hatten die rund 20,5 Millionen Rentner 2011 nach Zahlen des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) 1,8 Prozent weniger im Geldbeutel. Insgesamt sei die Kaufkraft der Rentner damit seit 2004 um insgesamt 8,8 Prozent gesunken.

LSG: In der Regel keinen Anspruch auf Witwenrente

Ein Hinterbliebener hat in der Regel keinen Anspruch auf Zahlung einer Witwen- bzw. Witwenrente, wenn sein Ehepartner keine 12 Monate nach der Eheschließung an den Folgen einer schweren Erkrankung verstirbt. Das hat das Hessische Landessozialgericht (LSG) mit einem erst kürzlich veröffentlichten Urteil vom 16.11.2011 entschieden (Aktz.: L 5 R 320/10). Der Entscheidung lag die Klage einer seinerzeit 56-jährigen Frau zugrunde, die im Nov. 2007 einen an unheilbar metastasierenden Kehlkopfkrebs erkrankten Mann geheiratet hatte.

INFOs für Beihilfeberechtigte und Versorgungsempfänger des Bundes

In die Homepage der vbba wurde zwei aktuelle Info zu folgenden Themen eingestellt:

1. Erste Änderungsverordnung zur Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ)
 2. Festbeträge für Arzneimittel
-